



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg  
Dr. Ulrich Maly  
Rathaus

90403 Nürnberg

*RWA*

<b>OBERBÜRGERMEISTER</b>							
<b>24. JUNI 2009</b> / ..... Nr. ....							
<b>I</b>	<table border="1"> <tr> <td style="text-align: center;">1 Zur Kte.</td> <td style="text-align: center;">3 Zur Stellungnahme</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">2 Zw.V.</td> <td style="text-align: center;">4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen</td> </tr> </table>	1 Zur Kte.	3 Zur Stellungnahme	2 Zw.V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen		5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen
1 Zur Kte.	3 Zur Stellungnahme						
2 Zw.V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen						
	5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen						

*KM*

*Keine: Ref. VII*

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Stadtratsfraktion Nürnberg**

Rathausplatz 2  
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091  
Fax: (0911) 231-2930  
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)  
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 24. Juni 2009

### Google Street View in Nürnberg – Is Big Brother watching us?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die Monate Juni und Juli hat die Firma Google Inc. mit Firmensitz in den USA angekündigt, auch in Nürnberg mit Panoramakameras Aufnahmen des Stadtgebietes zu erstellen und diese über ihr Programm „Google Street View“ im Internet zu veröffentlichen.

Die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik über die gesetzliche Legitimation dieser flächendeckenden Ablichtung dauert schon mehrere Monate und führte letztendlich zu einem Kompromiss der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder mit der Firma Google. Darin wird u.a. festgehalten, dass die Bürger nachträglich die Möglichkeit eines Einspruches erhalten und auf Antrag die Unkenntlichmachung ihrer Person bzw. ihres Wohngebäudes, ihres Autokennzeichens etc. verlangen können. Wie dieser Widerspruch funktionieren soll, ist vollkommen ungeklärt. Da die Firma ihren Sitz in den Vereinigten Staaten hat, ist eine Durchsetzung dieses Widerspruchsrechtes nur sehr eingeschränkt möglich.

Darüber hinausgehend versuchen einige Kommunen, die Arbeit von Google an dieser Stelle komplett zu unterbinden, da sie

- die Sicherheit der gewonnenen Daten,
- den weiteren Umgang mit denselben sowie
- deren mögliche Weitergabe hinterfragen und
- grundsätzliche Bedenken gegen das flächendeckende Abfotografieren ihrer Stadt haben.

Vor allem die Möglichkeit, im Internet über den Vor- und Zunamen einer Person deren Wohnort zu ermitteln und diesen über Street View zu inspizieren, sorgt bei Sicherheitsfachleuten für großes Unbehagen. Vor allem Neonazis und deren Umfeld können über diese



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

Möglichkeit Demokraten auskundschaften und diese mit Bild und Wohnadresse in Street View veröffentlichen. Auf diese Möglichkeit wird in deren diversen Foren ausdrücklich hingewiesen.

Wir bitten aus diesen Gründen um einen Bericht im nächsten

### **Rechts- und Wirtschaftsausschuss**

zur Lage in Nürnberg. Wir beantragen darüber hinaus zu überprüfen, welche Möglichkeiten bestehen, Google das Abfotografieren der gesamten Stadt mit Panoramakameras zu untersagen.

Mit freundlichen Grüßen



Achim Mletzko